

Beschl.-Nr. 3.1

STADT LANDSHUT

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Werkssenats vom 19.02.2013

Betreff: Nachtrag: Antrag Nr. 1085 vom 11.02.2013 der FDP-Fraktion;
Keine Privatisierung des Trinkwassers; Sicherung der Wasserversorgung durch die
Stadtwerke

Referent: Werkleiter Armin Bardelle

Von den 10 Mitgliedern waren 9 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

mit 8 gegen 1 Stimmen beschlossen:

Dem Plenum wird zur Beschlussfassung empfohlen:

1. Die Stadtverwaltung beauftragt den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) zu gegebener Zeit damit, zu prüfen, in wieweit die Stadt Landshut bzw. ihr kommunaler Eigenbetrieb „Stadtwerke Landshut“ von dem Entwurf der Europäischen Kommission einer „*Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die öffentliche Auftragsvergabe*“ betroffen ist.
2. Der BKPV wird zu gegebener Zeit weiterhin beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten, wie eine Fortführung der ausschließlich kommunalen Wasserversorgung durch die Stadt Landshut sichergestellt werden kann, wenn als Ergebnis der Prüfung gem. Ziff. 1 eine Ausschreibungs- und Vergabepflicht für die Wasserversorgung nach EU-Recht festgestellt wird.

Der Referent berichtet zum nächstmöglichen Zeitpunkt vom Ergebnis der Aufträge gem. Ziff. 1 und 2.

Landshut, den 19.02.2013

STADT LANDSHUT

Hans Rampf
Oberbürgermeister

